

# frei.hessen



MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN

**Alles steht still –  
wir treiben an**

# Mit Mut zu neuem Denken

## SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

2019 steckt voller Neuerungen. Nach einer für uns Freie Demokraten sehr erfolgreichen Landtagswahl im vergangenen Herbst startet die Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag unter neuem Namen in eine neue Wahlperiode. Elf Abgeordnete werden sich für mehr Freiheit und Fortschritt in Hessen einsetzen.

2019 wollen wir in ganz Europa mehr Freiheit und Fortschritt erreichen. Wir Freie Demokraten wollen Europa wieder zu einem Kontinent der Chancen machen, wo demokratische, marktwirtschaftliche und rechtsstaatliche Prinzipien gelten. Dazu wollen wir Innovationen vorantreiben. Denn in einer Welt der Veränderung ist Stillstand das größte Risiko. Mit Nicola Beer und Dr. Thorsten Lieb kämpfen zwei Hessen für eine starke liberale Stimme im Europäischen Parlament.

Sie sehen: 2019 verändert sich vieles – nur nicht die hessische Landesregierung. Mit einer Stimme Mehrheit will Schwarz-Grün auch in den kommenden fünf Jahren Hessen regieren. Der Aufbruch, den unser Land eigentlich braucht, ist nicht zu erwarten – stattdessen eine Politik des „Weiter so“. Der von CDU und Grünen vorgelegte Koalitionsvertrag bleibt hinter den Erwartungen der hessischen Bürgerinnen und Bürger zurück. Dringend benötigte Trendwenden sind nicht zu erkennen – weder für beste Bildung noch für Infrastruktur. Die Landesregierung beschäftigt sich lieber mit Wohlfühldebatten als mit dem Wohl der Menschen. Fortschritt für Hessen sieht anders aus.



Wir Freie Demokraten wollen uns nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen, sondern unser Land wieder zum Innovationsmotor machen. Wir wollen Hessen zurück an die Spitze führen. Dafür braucht es Mut zu neuem Denken. Und dazu müssen die Kreativität, Leistungsbereitschaft und das Potenzial eines jeden entfesselt werden.

Dies gilt auch für uns selbst. In unserem neuen Innovation Lab haben wir Raum für neue Denkstrukturen geschaffen. In einem modernen Arbeitsumfeld und mit digital unterstützten Arbeitsmethoden wollen wir flexibler und vernetzter arbeiten als je zuvor. Mit mehr Innovation und weniger Bürokratie wollen wir neue Maßstäbe setzen. Und neue Chancen eröffnen. Für ein modernes, innovatives und digitales Hessen.

Im Namen unserer Fraktion lade ich Sie herzlich zu einem Besuch nach Wiesbaden ein, um uns und unsere Arbeit persönlich kennenzulernen.

IHR

**RENÉ ROCK**  
**VORSITZENDER DER FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG**



[www.facebook.com/FDPFraktionHessen](http://www.facebook.com/FDPFraktionHessen)



[www.instagram.com/fdpfraktion\\_hlt](http://www.instagram.com/fdpfraktion_hlt)



[www.twitter.com/FDP\\_LTF\\_Hessen](http://www.twitter.com/FDP_LTF_Hessen)



[www.fdp-fraktion-hessen.de](http://www.fdp-fraktion-hessen.de)



**Sie können frei.hessen auch online lesen:**  
[fdp-hessen.de/frei-hessen](http://fdp-hessen.de/frei-hessen)

4

Schwarz + Grün =

Weiter so mit dem Stillstand  
in Hessen

© gopixa / iStock

4

Schwarz + Grün = Weiter so  
mit dem Stillstand in Hessen

TITELTHEMA

12

Zentrum der  
Finanzplatzrevolution

FINANZPLATZ FRANKFURT von Bettina Stark-Watzinger, MdB

8

Für ein anderes Europa

EUROPAWAHL von Oliver Stirböck, MdL

13

... und plötzlich steht ein  
ganzes Land still

SPECIAL Fahrverbote

9

Persönliches

MELDUNGEN

16

Vielfalt als Chance

INTERVIEW mit Dr. Thorsten Lieb

10

Mehr Innovation  
durch weniger Bürokratie

SCHWERPUNKT

IMPRESSUM

Schwarz + Grün =

Weiter so mit dem Stillstand  
in Hessen



## Hessen kann mehr. Aber mit der neuen alten Regierung wird es auch weiterhin unter seinen Möglichkeiten bleiben.

Freitag, der 18. Januar 2019. Der Himmel über Wiesbaden soll heute überwiegend von Wolken bedeckt bleiben. So waren zumindest die Aussichten. Auch die für Hessens Zukunft? Es ist der Tag, an dem sich der 20. Hessische Landtag konstituiert.

Ungeduldig wartet Stefan Naas im Plenarsaal auf die Eröffnung der Sitzung. Seit 1992 ist er Mitglied der Freien Demokraten, seit heute auch Mitglied des Landtages. Der 45-Jährige hatte sich entschieden, den Bürgermeisterstuhl in Steinbach aufzugeben und für einen Sitz im Plenarsaal in Wiesbaden zu kandidieren. Auf diesem nimmt er heute zum ersten Mal Platz. Auf dem Stuhl neben ihm: Moritz Promny. Für den Unternehmer und Rechtsanwalt aus Südhessen ist es ebenfalls der erste Tag im Parlament. Mit Marion Schardt-Sauer, Oliver Stirböck und Yanki Pürsün sind drei weitere Freidemokraten erstmals in den Hessischen Landtag eingezogen. Seit November haben sie sich auf ihre neue Aufgabe, auf ihr neues Amt vorbereitet. Da wurden Büropläne gemacht, Arbeitsabläufe festgelegt, Mitarbeitergespräche geführt, die IT startklar gemacht und, und, und. Und heute geht es nun endlich los.

Auf der Tagesordnung der konstituierenden Sitzung stehen auch die Wahl des Ministerpräsidenten sowie die Vereidigung der neuen Minister. Mit 69 von 137 Stimmen wählt der Landtag den alten Landesvater Volker Bouffier zum neuen Landesvater. Sein mittlerweile drittes Kabinett bleibt so gut wie unverändert. Aufgrund ihrer Niederlage bei der Landtagswahl musste die CDU zwei Ministerposten an den Koalitionspartner abgeben – die Ressorts Soziales und Wissenschaft werden nun nicht mehr von Christdemokraten, sondern von Grünen besetzt. Ein Gesichtverlust für die einst so starke Regierungspartei – das ist René Rock spätestens nach Durchsicht des schwarz-grünen Koalitionsvertrags deutlich geworden: „Es ist schon auffällig, wie in einzelnen Bereichen die konsequente Ideologisierung hin zu grünen Maßnahmen und Systemen durchgesetzt worden ist.“ Der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Hessischen Landtag bezeichnet das 192-seitige Papier als Dokument der Ambitionslosigkeit. „Schwarz-Grün hat keine Idee, das Land voranzubringen. An keiner Stelle sind die dringend erforderlichen Trendwenden erkennbar. Nicht in der Bildung, nicht bei der Infrastruktur und auch nicht in der Energiepolitik“, fasst Rock zusammen, der auch energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion ist. Er stört sich insbesondere daran, dass die

Koalition an den aus seiner Sicht gescheiterten Instrumenten der Energiewende festhalte, anstatt endlich Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt zu stellen. Der Koalitionsvertrag hat keinen roten Faden, trägt aber eine grüne Handschrift.

## Keine neuen Impulse für Hessens Wirtschaft

Die Freien Demokraten befürchten, dass Hessen in Zukunft noch mehr verwaltet als gestaltet wird. „Hessen verfolgt offenbar nicht mehr das Ziel, sich im Vergleich mit anderen Ländern an die Spitze setzen zu wollen“, fällt Stefan Naas auf, der für die Landtagsfraktion fortan die Wirtschafts- und Verkehrspolitik betreuen wird. So sei beispielsweise das Thema Fachkräfte nur marginal erwähnt und bei der Förderung von Start-ups mangle es der Koalition ganz augenscheinlich an eigenen Ideen. Zudem sei es ein schwerer Fehler, dass Schwarz-Grün in Bezug auf die Infrastruktur am Grundsatz Sanierung vor Neubau festhalte. „Für ein Transitland wie Hessen sind das keine guten Aussichten“, so Naas. „Die Landesregierung verschläft die Zukunft“, beobachtet auch Neufraktionsmitglied Oliver Stirböck. Der Offenbacher will die Digitalisierung in Hessen voranbringen – er hat die entsprechende Sprecherfunktion in seiner Fraktion übernommen –, sieht die erforderlichen Maßnahmen jedoch allein durch die Schaffung eines Ministerpostens nicht erfüllt. Zwar nimmt sich die Landesregierung vor, bis 2025 einen flächendeckenden Zugang zu gigabitfähigem Internet, mobiles WLAN und eine lückenlose Mobilfunkverbindung zu schaffen, konkrete Maßnahmen, wie diese Ziele erreicht werden sollen, scheint sie aber selbst noch nicht zu kennen. „Wir brauchen nicht wieder und wieder hübsch formulierte Absichtserklärungen, sondern endlich konkretes Handeln. Auch der ländliche Raum muss lebenswert und nicht nur liebenswert sein“, fordert Wiebke Knell. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist im Schwalm-Eder-Kreis zuhause und teilt die Sorgen der Menschen im ländlichen Raum. „Uns geht es natürlich um einen gescheiterten Internetanschluss, uns geht es aber auch um die Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der medizinischen Versorgung und der Mobilität“, erklärt die 37-Jährige. Wenn der ländliche Raum für die Menschen attraktiver gestaltet werde – zum Arbeiten und zum Wohnen –, könne es aus Sicht der Freien Demokraten auch gelingen, die Wohnraumproblematik im Ballungsraum zu lösen. Dafür bedürfe es jedoch mehr Mut als der aktuelle Koalitionsvertrag aufzeige, kritisiert der wohnungsbaupolitische Sprecher Jürgen Lenders: „Schwarz-Grün versucht weiterhin viel im Klein-Klein zu fördern. Die grundsätzlichen Fragen





der Bürokratie, des Flächenmangels und der Kostenbelastungen werden nach wie vor nicht angegangen. Damit wird es wohl auch in den nächsten fünf Jahren keine nennenswerte Entspannung auf dem Wohnungsmarkt geben können.“ Der Wohnraumangel war im Hessentrend des Hessischen Rundfunks als eines der größten Probleme in Hessen definiert worden.

### Keine neuen Ideen für die Bildungspolitik

Das wichtigste politische Problem, das die hessischen Bürgerinnen und Bürger vordringlich gelöst wissen möchten, ist die Bildung. Ob Integration und Inklusion, Lehrermangel, Überbelastung von Lehrkräften und Schulleitungen oder der Ausbau des Ganztagsangebots – die Herausforderungen an Hessens Schulen sind in den vergangenen Jahren deutlich größer und vielschichtiger geworden. „Die meisten Probleme hat Lorz für sich gelöst, indem er sie ignoriert hat“, bewertet Moritz Promny das bisherige Vorgehen des alten und neuen Kultusministers. „Hessens Lehrkräfte und Leitungen dürfen nicht alleine gelassen werden. Unsere Schülerinnen und Schüler sollen beste Bildung von Anfang an erhalten. Dafür brauchen wir die bestmöglichen Bedingungen für alle“, fordert der schulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Promny nimmt deshalb mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Koalitionsvertrag keine oder nur wenige konkrete Maßnahmen vorsieht, die tatsächlich mit Stellen oder finanziellen Mitteln hinterlegt sind. Anders im Hochschulbereich. Hier sind die finanziellen Mittel im Koalitionsvertrag bereits festgeschrieben. „Das schränkt die Hochschulen ein, bevor die bevorstehenden Verhandlungen über den neuen Hochschulpakt überhaupt begonnen haben“, beklagt Matthias Büger, der sich für die Wahrung der Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit in Hessen einsetzen möchte. Weder für Kitas noch für Schulen oder Hochschulen – die Freien Demokraten können keine Qualitätsoffensive in der schwarz-grünen Bildungspolitik erkennen. Gerade in der frühkindlichen Bildung hätten sie gerne neue Akzente gesetzt. Zu ihrem Bedauern soll dieser Bereich auch in Zukunft nicht als bildungs-, sondern als sozialpolitisches Thema verortet und behandelt werden.

Im sozialpolitischen Ressort, das in der 20. Wahlperiode in grüner Verantwortung liegt, nimmt sich die Landesregierung eines Themas an, dem sie sich lange verschlossen hat: der Hebammenversorgung. Yanki Pürsün, der neue sozialpolitische Sprecher der Freien Demokraten, kennt das Problem aus seinem Wahlkreis und kämpft seit Jahren für bessere Bedingungen. Der Frankfurter begrüßt, dass sich die Koalition mit der Sachlage beschäftigt und den Bedarf an Hebammen und die Ver-

sorgungssituation belastbar ermitteln will. Auch die Frage einer geordneten und rechtlich gesicherten Zuwanderungspolitik wird in der neuen Wahlperiode ein zentrales Thema bleiben. Hier verspricht der Koalitionsvertrag allerdings keine Neuerungen: „Anstatt endlich die Blockadehaltung in der Frage der sicheren Drittstaaten im Bundesrat aufzulösen, dokumentieren CDU und Grüne ihre Uneinigkeit“, kritisiert Pürsün.

### Kein Konzept für Hessens Zukunft

„Es ist wichtig, dass die Menschen das Vertrauen in den Rechtsstaat zurückgewinnen“, pflichtet der innenpolitische Sprecher Stefan Müller bei. Er beklagt, dass das Sicherheitsempfinden der hessischen Bevölkerung zurückgegangen sei – durch Terrorgefahr, Straßenkriminalität und Einbrüche. Vor diesem Hintergrund bewertet er den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Ausbau der personellen und sachlichen Ausstattung von Polizei und Justiz als längst überfällig. Ausreichend sei dieser jedoch nicht. „Die Zahl der neuen Stellen wird dem steigenden Bedarf in Hessen nicht gerecht“, erklärt Müller. Zudem habe die Landesregierung nach wie vor keine Idee, wie sie ihr eigenes Personal vor der steigenden Anzahl von Angriffen schützen wolle.

Konzeptlosigkeit bescheinigt auch die neue finanzpolitische Sprecherin der Freien Demokraten, Marion Schardt-Sauer, dem Koalitionsvertrag. Die Ziele der schwarz-grünen Landesregierung seien anhand der vorgesehenen Investitionen nicht zu erkennen. „Da gibt es für alles ein bisschen. Insgesamt versucht die Koalition einen Spagat zwischen Spendierhose und Sparsamkeit hinzulegen. Das könnte spannend werden, wenn die Steuereinnahmen nicht mehr so sprudeln wie heute“, erklärt die Haushaltspolitikerin.

Aus Sicht der Freien Demokraten bringt der Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode nicht den erhofften Aufbruch, sondern sei vielmehr die Fortschreibung eines Fahrplans in die Mittelmäßigkeit. „Damit dümpelt das Land weiter in der Selbstgefälligkeit zweier Parteien, deren Grundhaltung nicht die Innovation ist, sondern das krampfhaftes Festhalten am Alten“, schlussfolgert Rock. Fünf verlorene Jahre stünden Hessen bevor. Das habe das Land im Herzen Deutschlands nicht verdient.



# Freie Demokraten im 20. Hessischen Landtag



**RENÉ ROCK**

**Fraktionsvorsitzender**

Sprecher für Frühkindliche Bildung  
Sprecher für Energiepolitik



**JÜRGEN LENDERS**  
Parlamentarischer  
Geschäftsführer

Sprecher für Wohnungsbau  
und Stadtentwicklung



**WIEBKE KNELL**  
Stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für den Ländlichen  
Raum, Umwelt, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz



**STEFAN MÜLLER**  
Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Innen-  
und Sicherheitspolitik



**DR. H.C. JÖRG-UWE HAHN**

**Landtagsvizepräsident**

Sprecher für Kommunales  
Sprecher für Datenschutz



**MARION  
SCHARDT-SAUER**

Sprecherin für Haushalt  
und Finanzen

Sprecherin für Justiz  
und Justizvollzug



**DR. MATTHIAS BÜGER**  
Schatzmeister

Sprecher für Hochschule,  
Wissenschaft, Forschung  
und Technologie



**DR. STEFAN NAAS**

Sprecher für Wirtschafts-,  
Industrie-, Arbeitsmarktpolitik  
und den Finanzplatz Frankfurt  
Sprecher für Kultur, Kunst  
und Erinnerungsarbeit  
Sprecher für Infrastruktur



**MORITZ PROMNY**

Sprecher für  
Bildungspolitik  
Vorsitzender des Sozial-  
und Integrationspolitischen  
Ausschusses



**OLIVER STIRBÖCK**

Sprecher für Digitalisierung  
Sprecher für Europapolitik  
(Brexit-Beauftragter der  
Fraktion)



**YANKI PÜRSÜN**

Sprecher für Integration,  
Zuwanderung und Petitionen  
Sprecher für Soziales  
und Familie  
Sprecher für Gesundheit  
und Pflege





# Für ein anderes Europa

von Oliver Stirböck, MdL

**In Europa herrscht eine informelle große Koalition aus Konservativen und Sozialisten, die jeglichen Reformelan vermissen lässt. Die EU befindet sich in einer „Phase der Unsicherheit“, wie es FDP-Chef Christian Lindner nennt. Dazu beigetragen haben auch zahlreiche nationale Alleingänge Deutschlands und eine deutsche Sprachlosigkeit zur künftigen Entwicklung der EU. Die liberale Parteienfamilie will deshalb der europäischen Idee einen neuen Schub verleihen.**

In Österreich wird die Pressefreiheit eingeschränkt, in Polen werden Richter aus dem Amt gedrängt, in Dänemark gibt es wieder dauerhafte Grenzkontrollen, in Ungarn spricht Staatschef Viktor Orbán von der „anti-liberalen Demokratie“. Vor diesem Hintergrund geht es „bei der Europawahl nicht so sehr um technische Fragen, sondern um die Verteidigung der liberalen Werte“, so Lindner. Er sei stolz, dass die Freien Demokraten an der Seite des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der Moderaten stehen „und nicht wie die Union an der Seite von Orbán“. Auf Herausforderungen wie Digitalisierung, Globalisierung und Migration mit der Flucht ins Nationale zu reagieren, sei falsch. Gerade weil diese Themen gar nicht mehr nationalstaatlich gelöst werden könnten, seien sie keine Antworten auf die Ängste der Menschen in Europa. Statt Europa „abzuwickeln“, will die FDP das Gegenteil erreichen. Europa müsse wieder dort ein starker Problemlöser werden, „wo sich aus gemeinsamem Handeln echter Mehrwert für die Menschen ergibt“, forderte Lindner. Dies sei der Anspruch der Freien Demokraten und der Macron-Bewegung En Marche.

Die Spitzenkandidatin zur Europawahl Nicola Beer sieht in Europa viele ungehobene Potenziale. Sie kritisiert, die Europäische Union (EU) habe das Vertrauen vieler Bürger in die europäische Vision verspielt. Die europäische Realität sei eine EU, in der sich die Staaten nicht an gemeinsam verabredete Regeln hielten, so die Freidemokratin in Anspielung auf die aufgeweichten Euro-Stabilitätskriterien. Europa werde zu sehr als technokratisches Projekt missverstanden. Dem Europa überbordender Bürokratie, der Scheindebatten und nationaler Alleingänge, auch Deutschlands, setzt Beer die Vision eines Europas entgegen, das eine wichtige Rolle in der Welt spielt, etwa beim Freihandel, eines Europas, das den Menschen Chancen gibt, etwa bei der Bildung, und eines Europas, das endlich auch bei Energie und Digitalisierung einen Binnenmarkt schafft. So will die 49-Jährige den Populisten von rechts und links entgegenreten und verhindern, dass sie weiter die freien Gesellschaften und das europäische Projekt angreifen. Jetzt sei die Zeit, um dieses Europa besser zu machen, ein Europa der Reformen auf den Weg zu bringen. Auch der hessische FDP-Spitzenkandidat Thorsten Lieb will eine Reformagenda für Europa nach Brüssel bringen und „die Wirtschafts- und Währungsunion vom Kopf auf die Füße stellen und so eine neue Dynamik entfalten“, so Lieb im Interview mit frei.hessen auf Seite 16.

Ein anderes Europa kann jedoch nur gelingen, wenn das Gewicht der liberalen europäischen Parteienfamilie wächst.

# Persönliches

## Wiederwahl

Zum zweiten Mal nach 2016 wurde Dr. Stefan Naas aus Steinbach (Taunus) als Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main bestätigt. Der 45-jährige Jurist führt den mitgliederstärksten Bezirksverband seit 2014 an. Bei der Landtagswahl 2018 hatte der ehemalige Steinbacher Bürgermeister in seiner Heimatgemeinde mit 28,1 Prozent den landesweit stärksten Erststimmenanteil für die FDP erzielt. In der neuen Landtagsfraktion hat Naas den Posten des wirtschaftspolitischen Sprechers übernommen. Gleichzeitig ist er Sprecher für Kunst und Kultur.



## 75. Geburtstag

Als „herausragende Persönlichkeit der FDP in Hessen in den letzten Jahrzehnten“ würdigte Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert den Ehrevorsitzenden der FDP Hessen, Dr. Wolfgang Gerhardt, anlässlich seines 75. Geburtstags am 31. Dezember 2018. Mit seiner klaren Haltung, der hohen persönlichen Integrität und dem stets respektvollen Umgang auch mit politisch Andersdenkenden sei er ihm auch ein persönliches Vorbild. Gerhardt war von 1982 bis 1995 Landesvorsitzender sowie von 1995 bis 2001 Bundesvorsitzender der FDP.



## Landtagsvizepräsident

Mit großer Zustimmung wurde Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn in der konstituierenden Sitzung des Hessischen Landtags zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Der ehemalige Minister der Justiz, für Integration und Europa sowie stellvertretende Ministerpräsident folgt auf Wolfgang Greilich, der nicht wieder für den Landtag kandidiert hatte. Wir wünschen Dr. h.c. Hahn stets gutes Gelingen und Erfolg.



## Nachruf

Am 6. November 2018 verstarb der langjährige FDP-Landtagsabgeordnete Otto Wilke aus Korbach im Alter von 81 Jahren. Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert und Fraktionsvorsitzender René Rock würdigten den Verstorbenen als „leidenschaftlichen Politiker und überzeugten Liberalen“, dessen außerordentlich angenehme und positive Art ebenso in Erinnerung bleiben würden wie sein unerschütterlicher Humor. „Otto Wilke dachte über den Tag hinaus. In seiner Persönlichkeit verband sich in wunderbarer Weise Heimatverbundenheit mit dem weiten Horizont seines politischen Denkens. Sein gutes Gespür für politische Stimmungen, sein Humor und die Fähigkeit Menschen zusammenzuführen werden uns immer in



**Otto Wilke**  
(1937-2018)

besten Erinnerung bleiben. Otto Wilke haben die Freien Demokraten in Hessen und darüber hinaus viel zu verdanken“, so Ruppert. Otto Wilke wurde 2002 mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille ausgezeichnet und war Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes.

Am 27. Dezember 2018 verstarb Reinhard C. Schulz aus Bad Wildungen im Alter von 64 Jahren. Der Verstorbene war fast fünf Jahrzehnte Mitglied der FDP und arbeitete von 1993 bis zu seinem Tod als Referent der Landtagsfraktion für den Bezirksverband Nord-/Osthessen, unter anderem als Mitarbeiter von Otto Wilke. Fraktionsvorsitzender René Rock würdigte Schulz als „überzeugten Liberalen mit Haltung, der über viele Jahre im Dienst der Fraktion an der Gestaltung seiner Heimat mitwirkte“.



**Reinhard C. Schulz**  
(1954-2018)

# Mehr Innovation durch weniger Bürokratie

© artisteer / istock

**B**ei der Unternehmensgründung, beim Bauantrag oder bei der Beantragung von Fördergeldern – Bürokratie blockiert Hessen. Insbesondere Unternehmen sind massiv von bürokratischen Anforderungen belastet. Wo Mobilität geschaffen werden könnte, werden Meldepflichten erfüllt. Wo Dienstleistungen erfolgen sollten, werden Dokumentationen vorgenommen. Wo Innovationen vorangebracht werden könnten, werden Informationspflichten erledigt. Überall dort, wo personale und finanzielle Ressourcen für Bürokratie aufgewendet werden müssen, fehlen sie für Innovation. Abbau von Bürokratie ist sozusagen ein Wachstumsprogramm „zum Nulltarif“.

## **Bürokratiemonster öffentliche Ausschreibung**

Eine immense bürokratische Belastung – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen – erfolgt durch die öffentliche Hand. Durch gesetzliche Vorgaben. Und bei der Vergabe von Aufträgen. Ob Dienst-

Bau- oder Lieferaufträge – meist sind es mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe oder freie Berufe, die davon betroffen sind. Diese Unternehmen bilden ein wichtiges Fundament der hessischen Wirtschaft. Hier werden Unternehmertum, soziale Verantwortung und Innovationsfreude über Generationen hinaus alltäglich gelebt.

Aber: Immer weniger Unternehmen beteiligen sich an öffentlichen Ausschreibungen, weil ihnen die Bewerbungsverfahren zu aufwändig sind. Das stellt eine kürzlich veröffentlichte Studie der IW Consult GmbH fest. Da müssen DIN-Normen erfüllt, Bankauskünfte erteilt und Unbedenklichkeitsbescheinigungen vorgelegt werden. „Anstatt mehr Bürokratie und mehr Kosten zu verursachen, sollte die öffentliche Hand darauf schauen, dass sie die Unternehmen nicht zusätzlich belastet“, fordert Jürgen Lenders, Parlamentarischer Geschäftsführer der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. Seine Fraktion hatte die Studie in Auftrag gegeben.



© ipopba / istock

### Der Bürokratiekosten-Rechner

Mit dem Bürokratiekosten-Rechner können die nachweisbedingten Kosten eines Unternehmens für die Teilnahme an einer Ausschreibung, hier am Beispiel von Reinigungsdienstleistungen, ermittelt werden.

#### Rote Ampel



Im Musterbeispiel „Rote Ampel“ führt insbesondere die Anforderung von Original-Nachweisen bereits im Angebotsverfahren zu spürbar erhöhten Einzelkosten bei den entsprechenden Nachweisen.

#### Grüne Ampel



Das Musterbeispiel „Grüne Ampel“ ist exemplarisch für eine bürokratiearme Ausschreibung: Es wird an vielen Stellen gänzlich auf Nachweise im Angebotsverfahren verzichtet und Original-Nachweise sind bei keinem Nachweis notwendig.

### Ein unkomplizierter Staat

Die Freien Demokraten haben sich zum Ziel gesetzt, unternehmerische Freiräume zu stärken und bürokratische Belastungen zu vermindern. Vor diesem Hintergrund treibt Lenders seit langem die Frage um, wie der Staat unkomplizierter werden kann. „Bereits vor einer Ausschreibung oder vor der Verabschiedung eines Gesetzes sollte für alle ersichtlich sein können, welche Aufwendungen für die beteiligten Akteure entstehen. Deshalb haben wir uns gefragt, wie wir Bürokratie messbar machen können“, erklärt Lenders den Auftrag der Studie. Die IW Consult hat schließlich einen Bürokratiekosten-Rechner entwickelt, der die Bewertung von bürokratischem Aufwand mit Hilfe einer Ampel-Kennzeichnung ermöglicht und so bereits vor der Entstehung von Bürokratie für Transparenz hinsichtlich der resultierenden Kosten sorgt. Auf diese Weise lassen sich auch gesetzliche Anforderungen miteinander vergleichen.

### Hessen ist bürokratischer als Bayern

Am Beispiel von Reinigungsdienstleistungen liefert der Bürokratiekosten-Rechner das Ergebnis, dass Hessen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge mehr Nachweise verlangt als Bayern. Darüber hinaus zeigt sich auch, dass in Hessen häufiger soziale Nachweise verlangt werden, während in Bayern tendenziell eher Nachweise der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen nachgefragt werden. Lenders ist vom Ergebnis der Studie begeistert: „Ob in der Schulverwaltung, im Gesundheitswesen oder bei der Beantragung des Personalausweises – ein solcher Bürokratiekosten-Rechner ist für fast jedes Verwaltungsverfahren denkbar, bei dem ein gesetzlicher Ermessensspielraum hinsichtlich der Anforderung von Unterlagen oder Bescheinigungen besteht.“ Lenders will das Land stärker in die Pflicht nehmen. Die Notwendigkeit von bürokratischen Auflagen soll verstärkt unter die Lupe genommen und Möglichkeiten für den Abbau eruiert werden – auch im Hinblick auf die Möglichkeiten durch die Digitalisierung. Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag wollen einer gesetzlichen Regelung schließlich nur noch dann grünes Licht geben, wenn sie weniger Bürokratie und mehr Innovation erlaubt.



**HOMEPAGE:**

<http://www.buerokratiekosten-rechner.de/>

# Zentrum der Finanzplatzrevolution

von Bettina Stark-Watzinger, MdB

Deutschland braucht einen starken Finanzplatz – für seine erfolgreichen Unternehmen, die ihre Produkte in alle Welt liefern, für Anleger, die mit einem umfangreichen Angebot ihren Vermögensaufbau betreiben. Es geht aber auch um Arbeitsplätze. Allein über 60.000 Menschen arbeiten in Frankfurt bei Banken. Dazu kommen Dienstleister und die vielen Profiteure durch Veranstaltungen und Gäste, die in die Mainmetropole strömen.

Die Bundesregierung muss sich deshalb klar zum Finanzplatz Deutschland bekennen. Finanzminister Olaf Scholz hat sich vor einiger Zeit für eine „Industriepolitik für Banken“ ausgesprochen. Auch Angela Merkel äußerte sich – für sie untypisch – zur Finanzbranche. Es war hessischer Landtagswahlkampf, die Absichten waren zu berechenbar. Tatsächlich fehlt der Bundesregierung bis heute jede Strategie, den Finanzplatz Frankfurt weiterzuentwickeln.

Der Brexit zieht gravierende Verschiebungen an den Finanzplätzen nach sich. So bedauerlich er ist, sind damit auch Chancen für die Stärkung eines kontinental-europäischen Finanzstandortes in Frankfurt entstanden. Leider wurden die Chancen nicht ausreichend ergriffen. Paris hat dagegen die Hausaufgaben besser erledigt und im internationalen Standortwettbewerb aufgeholt.

Was ist also zu tun? Den Unternehmen muss der regulatorische Rahmen geboten werden, der dem anderer Länder in nichts nachsteht. Das in der Vergangenheit betriebene Gold-Plating, also eine Übererfüllung der EU-Mindeststandards, schadet dem Standort nachhaltig.

Gelänge es bspw. das Euro-Clearing von London nach Hessen zu holen, entstünden große Chancen. Clearinghäuser garantieren das Handelsgeschäft, indem sie einspringen, sollte zwischen Käufer und Verkäufer ein Vertragspartner ausfallen. 97 Prozent aller in Euro gehandelten Zins-Derivate werden derzeit in London „gecleart“. Mit dem Brexit hätten die europäischen Aufsichtsorgane kaum noch Kontrolle über diesen wichtigen Markt. Wir reden hier von einem Volumen von 80 Billionen Euro.

Die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung müssen Hand in Hand arbeiten. Wir brauchen ein in Frankfurt ansässiges Schiedsgericht, das internationale Streitfälle nach englischem Recht und in englischer Sprache klärt. Paris hat hier ebenfalls schon wieder die Nase vorne. Und zu guter Letzt darf nicht vergessen werden, dass die Menschen, die nach Frankfurt ziehen, händeringend nach internationalen Kindergärten und Schulen suchen.

Alles Dinge, die sich politisch realisieren lassen. Wir müssen sie aber auch angehen und umsetzen. Denn Geschäfte, die verloren gehen, kommen so schnell nicht wieder. Und dann ist da noch die Digitalisierung.

Blockchain, Künstliche Intelligenz, Smart Contracts – im Jahre 1994 machte Bill Gates die vielzitierte Aussage „Banking is necessary, banks are not.“ Diese Meinung teile ich nicht. Dennoch kann sich die Finanzbranche in den kommenden Jahren radikal ändern. Diese Änderungen wird man in Frankfurt hautnah und vermutlich stärker als anderswo erleben. Es liegt daher an uns, ob wir sie positiv gestalten.

Das gründerfreundlichste Umfeld ist die beste Voraussetzung, die Erfolgsgeschichte Frankfurts weiterzuschreiben. Schnelles Internet, das Vorfinden von Fachkräften, eine optimale Finanzmarktregulierung – das Betätigungsfeld ist groß, gute Rahmenbedingungen für Gründer im Finanzbereich zu schaffen. All dies muss uns gelingen, um bahnbrechende Technologien und Produkte hier zu entwickeln und groß hervorzubringen.

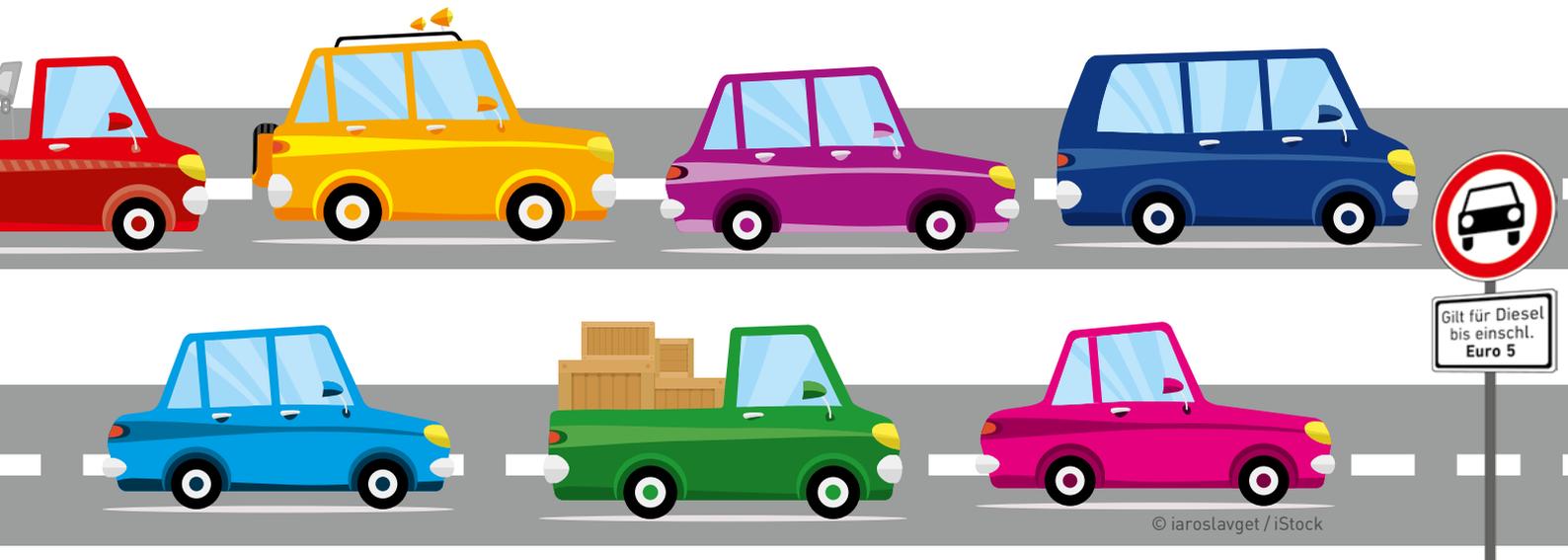
Wir müssen Frankfurt zudem zum Zentrum der Venture-Capital-Investoren in Europa machen. Diese stellen für risikoreichere Unternehmensideen, insbesondere für Start-ups, Geld und Know-how zur Verfügung. Eine Volkswirtschaft ohne ausreichend Wagniskapital verspielt ihre Zukunft.

Wir Freie Demokraten haben viele Initiativen für den Finanzplatz Frankfurt auf den Weg gebracht. Wir wissen: Die Welt ändert sich. Packen wir die Chancen an.



# ... und plötzlich steht ein ganzes Land still

Grüne Fahrverbote bedrohen Hessen



© iaroslavget / iStock

Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, Offenbach, Limburg – wegen überschrittener Stickoxid-Grenzwerte sollen zahlreiche Städte in Hessen zur Verbotszone für Dieselfahrzeuge werden. Mancherorts ist ein Fahrverbot bereits angeordnet worden. Erzwingen von der Deutschen Umwelthilfe, die im Rahmen einer beispiellosen Klagewelle bundesweit Dieselfahrzeuge aus den Innenstädten verbannen möchte. Und was macht die Landesregierung? Sie setzt die Forderungen der mittlerweile als Abmahnverein verschrienen Klägerin um und riskiert damit den Stillstand für das ganze Land.

**E**s ist kurz vor Weihnachten, als bekannt wird, dass in Darmstadt das erste Fahrverbot für Hessen kommen wird. Zwei Straßen – die Hängel- und die Heinrichstraße – werden von Juni 2019 an zur Verbots-

zone für Dieselfahrzeuge bis einschließlich Euro 5 und ältere Benziner. Das Fahrverbot ist das Ergebnis eines Vergleichs, den das Land Hessen mit der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) geschlossen hat. Was von der schwarz-grünen Landesregierung als bundesweit erste außergerichtliche Einigung bei Verfahren zur Luftreinhaltung und damit als großer Erfolg gefeiert wird, stößt nicht nur zahlreichen Autofahrern vor den Kopf, sondern vor allem an vielen Stellen auf scharfe Kritik. Während es für Anwohner nur befristete Übergangsregelungen geben soll, sollen Pendler ihre Fahrzeuge direkt nachrüsten. Die IHK Darmstadt warnt vor weitreichenden negativen Folgen. „Die Dieselfahrverbote treffen die Wirtschaft doppelt, denn jeden Tag kommen auch 70.000 Berufspendler in die Stadt. 29.000 Darmstädter fahren



täglich raus zur Arbeit, dazu kommen 30.000 innerstädtische Fahrten“, zählt Prof. Kristina Sinemus im Dezember 2018 auf. Die frühere Präsidentin der IHK Darmstadt und neue Digitalministerin des Landes Hessen erwartet ab Juni massive Staus, weil die Kapazitäten des ÖPNV- und Radwegesystems und die Ausweichrouten für die betroffenen rund 25.000 Pkw-Fahrer nicht ausreichen würden. „Es ist zu bezweifeln, dass den Entscheidern in Wiesbaden dies so bewusst war. Für Unternehmen in Darmstadt wird das Urteil schnell zum Standortnachteil bei der Suche nach Fachkräften“, kritisiert Sinemus, die seit Ende Januar Mitglied des schwarz-grünen Kabinetts ist. Die hessische Wirtschaft erwartet Unterstützung für betroffene Unternehmer und nimmt Land und Stadt in die Pflicht: „Falls die Landesregierung und die Stadt Darmstadt diesen Irrweg tatsächlich beschreiten, dann müssen sie für genügend Ausnahmegenehmigungen für heimische Unternehmen sorgen“, fordert Jochen Knake. Er ist Vorsitzender des Verkehrsausschusses der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU). Die VhU kritisiert die Einigung als „politische und rechtliche Kapitulation vor dem Abmahnverein Deutsche Umwelthilfe“. „Straßensperrungen in Darmstadt sind völlig unverhält-

nismäßig. Die Anti-Diesel-Politik der Grünen darf kein Vorbild für andere Städte in Hessen werden“, warnt Knake.

René Rock

„Es geht den Grünen nicht um Grenzwerte, sondern um die Verbannung des Autos aus den Städten.“

Bleibt Darmstadt tatsächlich eine Ausnahme? Oder wird es auch in anderen hessischen Städten Fahrverbote geben? Davon gehen die Freien Demokraten im Hessischen Landtag mittlerweile aus. Sie wollen jegliche Form von Fahrverboten – ob für einzelne Strecken oder ganze Zonen – unbedingt verhindern. Schließlich hat auch das Verwaltungsgericht geurteilt, dass Fahrverbote absolute Ausnahme bleiben müssen und nur als Ultima Ratio verhängt werden dürfen. Spätestens mit der Darmstädter Einigung ist für die Freien Demokraten aber deutlich geworden, dass die schwarz-grüne Landesregierung mit Fahrverboten plant, um kein Urteil zu kassieren. Die FDP hatte mehrere Anträge





© Maxphoto / iStock

gestellt, um Informationen über das Vorgehen der Hessischen Landesregierung in den laufenden Klageverfahren zu erhalten. „Offenbar haben die grünen Minister nicht nur für Darmstadt, sondern auch für Frankfurt streckenbezogene Fahrverbote angeboten“, kommentiert FDP-Fraktionschef René Rock nach einer Sonder-sitzung des Umweltausschusses Anfang Dezember. In der Sitzung hatte Hessens Umweltministerin Hinz die Vermutung der Freien Demokraten bestätigt, dass streckenbezogene Fahrverbote verhängt werden sollen, um zonenbezogene Fahrverbote zu vermeiden. Rock befürchtet einen Verkehrsinfarkt: „Wenn das Schule macht, steht bald das ganze Land still.“ Wie auch der ADAC verdeutlicht, kann schon das gesamte Stadtzentrum Frankfurts zur Verbotszone werden, wenn nur fünf Straßen nicht mehr befahren werden dürfen. Rock wirft Schwarz-Grün Verrat an Hessens Autofahrern vor. „Die CDU hat im Wahlkampf versprochen, Fahrverbote zu verhindern. Stattdessen tritt nun das Gegenteil davon ein, was Ministerpräsident Bouffier zugesagt hat“, kritisiert er. Ihm drängt sich der Eindruck auf, dass der grüne Teil der Landesregierung der Deutschen Umwelthilfe dankbar sei. Wegen der Klagen müsse das grüne Wahlprogramm, in dem von Fahrver-

boten als Maßnahme für die Verbesserung der Luft die Rede ist, notgedrungen umgesetzt werden. „Die Einigung zeigt in aller Deutlichkeit, dass Grüne und DUH unter einer Decke stecken und ihre ideologiegetriebene Verkehrspolitik mit aller Macht umsetzen“, vermutet Rock.

Bereits im Frühjahr 2017 hatte Rocks Fraktionskollege Jürgen Lenders den Kontakt und mögliche Vereinbarungen zwischen dem von Tarek Al-Wazir geführten Wirtschaftsministerium und der DUH zum Thema gemacht. „Aus der Antwort auf unsere Kleine Anfrage wissen wir, dass die Luftreinhaltungssituation in Hessen und die Klage gegen den Luftreinhaltungsplan für Offenbach Gesprächsthema zwischen Minister Al-Wazir, Staatssekretär Samson und dem Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe waren“, erklärt Lenders. Der langjährige Verkehrspolitiker kann deshalb nicht ausschließen, ob sich die Verfahrensbeteiligten auch über drohende Fahrverbote in weiteren hessischen Städten ausgetauscht haben. Auffällig sei aber, dass das Land Hessen die Forderungen der DUH nun einfach übernehme anstatt alle Maßnahmen zur Luftreinhaltung auszuschöpfen.



© iaroslavget / iStock



Gilt für Diesel bis einschl. Euro 5

# Vielfalt als Chance

**DR. THORSTEN LIEB**  
Spitzenkandidat der FDP  
Hessen zur Europawahl 2019



Bei der Europawahl am 26. Mai tritt der 46-jährige Rechtsanwalt Dr. Thorsten Lieb als Spitzenkandidat für die hessische FDP an. Wir haben mit dem vierfachen Familienvater aus Frankfurt über seine politischen Ziele gesprochen.

## Welche Vorstellung von Europa hatten Sie als Jugendlicher und wie hat sie sich im Laufe der Zeit verändert?

Meine früheste Erinnerung ist die Überwindung der „Eurosklrose“ durch die Einheitliche Europäische Akte. Den Abbau der Grenzkontrollen habe ich als Aufbruch empfunden. Heute ist mir besonders wichtig, dass die EU nach innen ihre Vielfalt als Chance begreift und nach außen geschlossener auftritt.

## Wie wollen Sie „Europa wieder in die Herzen der Menschen bringen“, wie Sie es nach Ihrer Wahl formuliert haben?

Die EU sollte ein Projekt der Bürger sein und den Austausch zwischen den Menschen erleichtern, z.B. sollten alle Schüler mindestens sechs Monate ihrer Schulzeit in einem anderen Mitgliedstaat verbringen können. Außerdem: gemeinsame europäische Projekte, die allen Bürgern zugutekommen.

## Wie nehmen Sie als Kreisvorsitzender in der Europastadt Frankfurt am Main das Interesse der Bevölkerung an europäischen Themen wahr?

Ich nehme ein sehr starkes „suchendes“ Interesse an neuen Impulsen wahr. Darin sehe ich eine große Chance, mit den Menschen über Europa ins Gespräch zu kommen.

## Zu welchem Thema würden Sie gerne Ihre erste Parlamentsrede halten?

Darüber, wie wir die Wirtschafts- und Währungsunion vom Kopf auf die Füße stellen und eine neue Dynamik entfalten.

## Wie sehen Sie die Rolle der EU in der Welt und welchen Beitrag sollte Deutschland leisten, um den Verbund von 28 Mitgliedstaaten zusammenzuhalten?

Die EU sollte mehr Verantwortung übernehmen und ein verlässlicher Gesprächspartner in der Welt sein. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für ihren Zusammenhalt, muss bei der Einhaltung europäischer Regeln vorangehen und selbst stärker initiativ werden.

## Bitte vervollständigen Sie: „Wenn sich die EU ernsthaft mit der Frage beschäftigt, ob der Apfelwein noch Apfelwein heißen darf, ...“

... handelt sie ihrem eigenen Motto („In Vielfalt geeint“) entgegen.

Dr. Thorsten Lieb wurde 1973 in Bad Kreuznach geboren. 1998 trat er in die FDP ein. 2014 kandidierte er als Spitzenkandidat der FDP Frankfurt zur Europawahl. 2015 wurde er Europabeauftragter der FDP Hessen, 2016 Kreisvorsitzender. 2018 erfolgte die Wahl zum Spitzenkandidaten für die Europawahl 2019.

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH  
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden  
Telefon 0611 99906-14

### REDAKTION

### FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG

Tatjana Hajmássy (V.i.S.d.P.)  
Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden  
Telefon 0611 350-576, Fax 0611 350-579  
E-Mail: fdp@ltg.hessen.de  
www.fdp-fraktion-hessen.de

### FDP-LANDESVERBAND HESSEN

Michael Brückmann (V.i.S.d.P.)  
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden  
Telefon 0611 99906-15  
E-Mail: hessen@fdp.de  
www.fdp-hessen.de

Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint gewöhnlich zweimal im Jahr.

**DRUCK** AC medienhaus GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden

**BILDNACHWEIS** iStock | Archiv der FDP-Landtagsfraktion | Archiv des FDP-Landesverbandes | Archiv der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit | Privat